

Niederschrift über die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.09.2024, 18:09 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	Vertretung für Herrn Holger Weiling
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Florian Schubert	Aktiv für Coesfeld	Vertretung für Herrn Peter Sokol
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Matthis Tasler	SPD	Vertretung für Herrn Ralf Nielsen
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/ Die Grünen	Vertretung für Herrn Erich Prinz
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Frau Birthe Glaesmann	FBL 30	
Frau Christin Mittmann	Kämmerin	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Herr Jan-Wilm Wenning	AWW	
Frau Katharina Woltering		
Gäste		
Herr Böddeker	Lülf+	
Herr Klüppels	RVM	

Schriftführung: Frau Katharina Woltering

Herr Dennis Bachmann eröffnet um 18:09 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:23 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Bestellung einer Schriftführerin
Vorlage: 177/2024
- 3 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Coesfeld
Vorlage: 028/2024
- 4 Mitfinanzierung des NachtBus-Konzeptes "Westmünsterland" durch die Stadt Coesfeld
Vorlage: 174/2024
- 5 Anregung gem. § 24 GO NRW - Abwassersituation in der Süringstraße
Vorlage: 209/2024
- 6 Antrag der Fraktion FDP auf Bürgerinformation zu Straßenbaustellen
Vorlage: 219/2024
- 7 Gesamtabschlussbefreiung nach § 116a GO NRW für das Jahr 2023
Vorlage: 170/2024
- 8 Budgetbericht zum 30.06.2024 und Information zur Bereitstellung von nicht erheblichen über- bzw. außerplanmäßigen Haushaltsmitteln
Vorlage: 212/2024
- 9 Neue Informationen zur Grundsteuerreform (2)
Vorlage: 213/2024
- 10 Stellenplanerweiterung 2024
Vorlage: 217/2024
- 11 Unterbringung Geflüchtete - weitere Anmietung von Wohncontainern
Vorlage: 179/2024
- 12 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Halbjahresentwicklung der verbundenen Unternehmen
Vorlage: 183/2024
- 3 Kauf eines Grundstückes mit Gebäude
Vorlage: 214/2024
- 4 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bachmann vor, die Tagesordnungspunkte 10 (Brandschutzbedarfsplan) und 11 (NachtBus-Konzept) vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 2 (Bestellung Schriftführerin) zu behandeln. Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt. Dieser wird einstimmig angenommen.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 2	Bestellung einer Schriftführerin Vorlage: 177/2024
-------	---

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, Frau Katharina Woltering zur Schriftführerin zu bestellen. Als ihre Stellvertretung wird Frau Antonia Gerding bestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 3	Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Coesfeld Vorlage: 028/2024
-------	---

Herr Tranel beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis die Bezirksregierung sich zu der zusätzlichen hauptamtlichen Kraft geäußert hat.

Herr Böddeker (Lülf+) erläutert die wichtigsten Thesen des Brandschutzbedarfsplans anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Beigeordneter Thies ergänzt die Ausführungen von Herrn Böddeker. Für Kommunen mit einer Ausnahmegenehmigung nach §10 BHKG werde ein deutlich strengerer Maßstab angelegt als in früheren Jahren. Bezüglich Platz für Jugendfeuerwehren habe man eine Machbarkeitsstudie auf den Weg gegeben, dessen Ergebnis kommuniziert werde. Für die Brandschutzerziehung konnte ein toller Kollege gewonnen werden, so Herr Thies. In Bezug auf die Ausnahmegenehmigung habe die Bezirksregierung allerdings deutlich gemacht, dass eine 4. hauptamtliche Kraft eingestellt werden müsse.

Im Verlauf der Diskussion sind sich alle Fraktionen einig, dass das Ehrenamt geschützt und gestärkt werden soll und die Einstellung einer 4. hauptamtlichen Kraft vermieden werden solle.

Herr Tranel fragt, ob es andere, materielle Maßnahmen gebe, um das Einhalten von Fristen und damit die Leistungsfähigkeit zu sichern.

Herr Thies antwortet, dass dies bei entsprechender Stelle der Bezirksregierungen schon angesprochen worden sei. Es habe schon Überlegungen zu einer zweiten Drehleiter gegeben. Das größere Problem sei aber das allgemeine Ziel. Hierbei müssten bei 80% der Einsätze 9 Personen innerhalb von 8 Minuten am Einsatzort sein. Hier liege man in Coesfeld bei 61%. Außerdem wolle man erreichen, dass die Ausnahmegenehmigung wieder für fünf Jahre erteilt wird und nicht für einen kürzeren Zeitraum.

Herr Tranel wirft ein, dass investive Maßnahmen den Haushalt nicht so belasten wie Personalkosten. Trotzdem, so Herr Thies, sei eine 4. hauptamtliche Kraft erforderlich, weil auch vier Leute mit Atemschutz ausrücken können müssen.

Herr Böddeker ergänzt, dass die Lage vor Ort als gut dargestellt worden sei und schon viele Maßnahmen in Coesfeld eingeleitet worden seien. Die Aussage der Bezirksregierung als Aufsicht hinsichtlich der 4. Person sei aber klar gewesen, da gebe es keinen Ermessensspielraum.

Die Fraktionen möchten dennoch wissen, ob eine 4. Stelle auch gefordert worden wäre, wenn alle Fristen eingehalten worden wären und ob die Aufstockung dann auf lange Sicht als ausreichend erachtet wird. Das Ehrenamt solle nicht geschmälert werden, dies sei in Coesfeld sehr stark.

Herr Volmer bittet darum, einen Vertreter der Bezirksregierung einzuladen, um Fragen zu beantworten. Außerdem erkundigt er sich nach dem Einsatzführungsdienst.

Herr Beigeordneter Thies antwortet, dass dies noch ergebnisoffen sei und merkt außerdem an, dass selbst bei einer Feuerwehr in Staffelstärke noch Ehrenamt gebraucht werde. Auch sagt Herr Thies, nicht absehen zu können, wie die Anforderungen in fünf Jahren sein werden.

Herr Tranel beantragt daraufhin, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis mit der Bezirksregierung gesprochen wurde. Sodann wird über den Vorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf zur Dritten Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes vom 03.07.2024 wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Umsetzungskonzept des Brandschutzbedarfsplanes beschriebenen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Beschlussvorschlag der CDU – während der Sitzung gestellt:

Es wird beschlossen, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und auf eine Antwort der Bezirksregierung zu warten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	keine Abstimmung		
Beschlussvorschlag der CDU	14	0	0

TOP 4	Mitfinanzierung des NachtBus-Konzeptes "Westmünsterland" durch die Stadt Coesfeld Vorlage: 174/2024
-------	--

Herr Klüppels vom RVM erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Bücking betont, dass die CDU nie ganz abgeneigt war und den Beschlussvorschlägen zustimmen würde. Dadurch werde ein Beitrag zum ÖPNV und zur Verbesserung der Mobilität geleistet. Gleichzeitig merkt er an, dass die Stadt Münster sich der Solidarität immer entzogen habe, obwohl die Linien Münster nicht unerheblich bedienen.

Herr Klüppels erwidert, dass die Stadt Münster sich in Bezug auf den Nachtbusverkehr weigere ihren Beitrag zu leisten, obwohl sie extrem davon profitiere. Das Argument sei, dass sie die Infrastruktur vorhalte.

Auch Herr Böyer teilt mit, dass die Freie Wählergemeinschaft zustimmen werde. Der Nachtbusverkehr sei gerade für Jugendliche wichtig. Auf die Frage nach der Preislage verweist Herr Klüppels auf den aktuellen Westfalentarif.

Auch Herr Bouhari spricht sich für das Konzept aus. Dies reduziere auch den Parkplatzbedarf. Es solle aber auch Druck auf Münster gemacht werden.

Herr Musholt erinnert daran, dass der Nachtbus vor 30 Jahren vor allem aus Sicherheitsgründen eingeführt worden sei. Damals habe es viele Unfälle mit alkoholisierten Jugendlichen gegeben.

Beschlussvorschlag:

1. Vor einer Entscheidung über die Mitfinanzierung des NachtBus-Konzeptes „Westmünsterland“ (Linien N6, N7/N17 und N8) wird die Verwaltung beauftragt, mit den beteiligten Kommunen und Verkehrsunternehmen Gespräche hinsichtlich der Rückkehr der Stadt Coesfeld zu der gemeinsamen Vereinbarung zu führen.
2. Im Haushaltsplan 2025 ist unter Kostenstelle 30.10.0101/Kostenträger: 12.03.01 – Öffentlicher Personennahverkehr, SK: 531601 „Zuschuss an den ÖPNV“ ein Betrag in Höhe von 60.000 € für die Mitfinanzierung des NachtBus-Konzeptes „Westmünsterland“ durch die Stadt Coesfeld vorzusehen. Dieser Betrag wird mit einem Sperrvermerk versehen und kann erst nach ausdrücklichem Beschluss des Rates der Stadt Coesfeld in 2025 ausgezahlt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 5 Anregung gem. § 24 GO NRW - Abwassersituation in der Süringstraße
Vorlage: 209/2024

Herr I. Beigeordneter Hänsel erläutert, dass in dem Antrag ein Gespräch mit der Verwaltung gewünscht wurde. Dieses habe zwischenzeitlich stattgefunden, unter Beteiligung der Stadtwerke, des Tiefbauamtes und des Abwasserwerkes. Des Weiteren stellt er dar, welche Maßnahmen in der Vergangenheit diesbezüglich bereits getroffen wurden.

1995: Kanalaustausch vorh. Mischwasserkanal durch leistungsstärkeres Rohr und Abkoppelung vom Hauptkanal

2016: 2 neue Notentwässerungsrinnen mit Direktleitung in die Berkel

2019: Abkoppelung der Oberflächenentwässerung des Lindencarrés

Geplant sei für Ende des Jahres/Anfang 2025, sowieso schon unabhängig von dem Antrag, die Maßnahme „Coesfelder Harke“.

Damit bezeichne man zusätzliche Abflüsse im rechten Winkel zum Kanal mit Ablauf in die Berkel, so Herr Hänsel. Dennoch liege das Gebiet in einer Senke, sodass nicht alles abgefangen werden könne.

Das zweite große Thema für die Anlieger:innen seien die feuchten Keller und die Frage nach der Dichtigkeit des Kanals. Herr Hänsel berichtet, dass es sich um einen neuen Kanal handelt, der regelmäßig geprüft werde. Man sei sicher, dass dieser dicht ist. Wahrscheinlich treffe in der Süringstraße ein hoher Grundwasserstand auf relativ alte Bausubstanz, sodass die Feuchtigkeit nicht unbedingt mit dem Kanal zu tun habe. Hier könnte die Harke ggfs. auch helfen. Ein 100-jähriges Regenereignis könne man dort aber dennoch nicht abfangen, wie auch woanders nicht.

Auf die Frage von Herrn Musholt, was die Harke sei, erläutert Herr Hänsel, dass es sich um zusätzliche Abflüsse im rechten Winkel zum Kanal mit Ablauf in die Berkel handelt.

Herr Böyer teilt mit, dass aufgrund von Regen keine Geschäfte zerstört werden dürfen und dass mittlerweile regelmäßig Starkregenereignisse stattfinden würden.

Daraufhin erläutert Herr Wenning vom Abwasserwerk, dass der Wetterdienst seit 1951 Aufzeichnungen über die Dauer und Anzahl der Liter von Regenfällen führt. Alle sieben Jahre werde die Statistik fortgeschrieben. Bislang lasse sich eine Steigerung von 1 bis 2 Prozent feststellen, allerdings seien die Regenereignisse der letzten Jahre noch nicht in der Auswertung berücksichtigt. Von einer 100-jährigkeit spreche man bei 60l in einer Stunde.

Bei dem Kanal in der Süringstraße, handle es sich bereits um einen sehr starken Kanal, so Herr Wenning. Da die Süringstraße in einer Senke liege, spiele aber auch das Oberflächenwasser eine große Rolle. Hier werde die Coesfelder Harke signifikant helfen können, aber auch nicht alles ableiten können. Die Harke schaffe es, 700l pro Sekunde an Oberflächenwasser abzuleiten.

Herr Tranel spricht in diesem Zusammenhang das Kapuzinerquartier an und erkundigt sich, ob dem Thema Regen hier genüge getan wird, oder ob nachgeschärft werden müsse.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass der Bebauungsplan das Entwässerungskonzept umfasst. Der Investor habe ein Konzept zur Regenwassernutzung und -speicherung vorgelegt.

Auf den Einwand von Herrn Stratmann, dass auch verstopfte Gullis problematisch waren, erwidert Herr Hänsel, dass diese in einem bestimmten Turnus gereinigt werden.

Frau Albertz fragt nach kurzfristigen Maßnahmen und Projekten wie Dachbegrünung, Beeten o. ä., da die Harke auch noch nicht ausgeschrieben sei.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erwidert, dass dies zügig umgesetzt werden solle.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass dem ursprünglichen Antrag seitens der Verwaltung schon nachgekommen worden sei. Herr Bouhari beantragt daher, den Beschluss so zu formulieren, dass „aus Überflutungssituationen resultierende Schäden auszuschließen oder einzudämmen sind“.

Herr Böyer beantragt eine Formulierung, dass „Schäden in der Süringstraße und an anderen Stellen in der Stadt größtmöglich zu minimieren sind“.

Herr Bücking schlägt vor, den Antrag in die Fachausschüsse zu überweisen, damit dort über Maßnahmen gesprochen werden kann. Dies könne der Haupt- und Finanzausschuss inhaltlich nicht leisten.

Daraufhin ziehen Herr Bouhari und Herr Böyer ihre Anträge zurück und es wird über den Vorschlag von Herrn Bücking beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge prüfen und Möglichkeiten ausarbeiten, welche Maßnahmen getroffen werden können, um eine Überflutungssituation in der Süringstraße für die Zukunft auszuschließen.

Beschlussvorschlag der CDU – während der Sitzung gestellt:

Es wird beschlossen, den Antrag zur fachlichen Beratung in den Umweltausschuss und den Ausschuss für Planen und Bauen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	keine Abstimmung		
Beschlussvorschlag der CDU	14	0	0

TOP 6	Antrag der Fraktion FDP auf Bürgerinformation zu Straßenbaustellen Vorlage: 219/2024
-------	---

Herr I. Beigeordneter Hänsel berichtet über die Informationsmöglichkeiten, stellt aber dar, dass es schwierig sei, andere Bauherren mit einzubeziehen.

Herr Fabry zeigt sich verwundert, dass nicht alle Baustellen bekannt seien und fordert, dass Ladenbesitzer in jedem Fall informiert werden.

Herr Volmer plädiert dafür, dass auch die Bürger:innen sich informieren sollen. Zudem schlägt er vor, das Thema in einen Fachausschuss zu verweisen.

Herr Tranel sieht die Information als Geschäft der laufenden Verwaltung an. Entweder solle die FDP den Antrag genauer formulieren oder andere Möglichkeiten aufzeigen.

Auf die Frage von Herrn Stratmann, ob die Umsetzung des Antrags realistisch sei, entgegnet Herr Hänsel, dass Anträge teilweise erst einen Tag vorher eingehen. Insofern könne man nicht beschließen, was nicht möglich sei. Zudem liege die Verantwortung bei den Baustellenbetreibern.

Auch Herr Tasler findet feste Grenzen nicht sinnvoll. Außerdem komme es auch auf den Grad der Beeinträchtigung an.

Herr Dr. Kleinschneider wirbt dafür, das Thema insgesamt in die Kommunikationsprozesse einzubinden, um Überraschungen zu vermeiden.

Herr Fabry zieht seinen Antrag daraufhin zurück und stellt den geänderten Antrag, dass die Verwaltung umfassend darlegen soll, welche Fristen es gibt und auf welchem Wege die Betroffenen informiert werden.

Beschlussvorschlag der FDP-Fraktion:

Die Verwaltung wird verpflichtet geplante Straßenbaustellen in Coesfeld, insbesondere Sperrungen, den betroffenen Anliegern, sowie Ladenlokalen im Umkreis von 100 Metern mindestens 14 Tage vor Beginn mitzuteilen. Notfallmaßnahmen (z. B. Gasleck) sind natürlich ausgenommen. Dabei sollen alle genehmigten Baustellen (also z. B. auch Baustellen der Stadtwerke, Kreis Coesfeld, Straßen NRW und private Baustellen) mit in das Baustellenkataster (<https://www.coesfeld.de/planung/aktuelle-baustellen>) aufgenommen werden.

Beschlussvorschlag – geändert während der Sitzung:

Die Verwaltung möge informieren, mit welchen Fristen Sperrungen bekannt werden und welche Maßnahmen seitens der Verwaltung zur Information an betroffene Anlieger:innen bereits getroffen werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
geänderter Beschlussvorschlag	8	3	3

TOP 7 Gesamtabschlussbefreiung nach § 116a GO NRW für das Jahr 2023
Vorlage: 170/2024

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, für das Jahr 2023 keinen Gesamtabschluss aufzustellen, da die Voraussetzungen nach § 116 a (1) GO NRW vorliegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 8 Budgetbericht zum 30.06.2024 und Information zur Bereitstellung von nicht erheblichen über- bzw. außerplanmäßigen Haushaltsmitteln
Vorlage: 212/2024

Der Budgetbericht zum 30.06.2024 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Budgetbericht zum 30.06.2024 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen

TOP 9 Neue Informationen zur Grundsteuerreform (2)
Vorlage: 213/2024

Frau Kämmerin Mittmann gibt die neusten Informationen des Städte- und Gemeindebundes (StGB) zur Kenntnis. Der StGB werde noch prüfen, was sich in Bezug auf die differenzierten Hebesätze für die Kommunen ergibt.

Die Idee sei, in der nächsten Sitzungsfolge über die Richtung abzustimmen und im Dezember dann die Hebesatzsatzung zu beschließen.

Herr Stratmann fragt, wie der Hebesatz von 550% auf 770% angehoben werden könne.

Frau Mittmann erklärt, dass die Messbeträge sinken und die Messzahlen anders würden. Dies werde für Coesfeld noch ausgerechnet. Noch sei gar nicht sicher, ob deswegen Beiträge steigen.

Herr Musholt bittet darum, in der nächsten Sitzungsfolge vorzustellen, wohin sich die Beiträge entwickeln werden, da bereits Horrorszenarien mit extremen Steigerungen kursieren.

Frau Mittmann stimmt dem zu und betont noch einmal die Aufkommensneutralität bei den Kommunen. Es sei schwierig zu sagen, inwiefern sich die Beiträge im Schnitt verändern werden. Man werde aber versuchen darzulegen, wie groß die Veränderungen sein werden. Die Bescheide würden sich aber sicher nicht von 200 auf 15.000€ erhöhen, wie teilweise behauptet.

Herr Wolfers erkundigt sich, ob die von den Grundstückseigentümern angegebenen Größen überprüft werden.

Frau Mittmann erläutert, dass die Größen durch die Bescheide vom Finanzamt übermittelt werden und man daran gebunden sei. Man könne daher die Berechnungen sehen. Die für die Stadt Coesfeld 14.000 Datensätze werden nach offensichtlichen Fehlern kontrolliert.

Herr Volmer stellt abschließend fest, dass keine umfassende Gerechtigkeit erreicht werden könne, das Land aber auch keine klaren Vorgaben mache.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen

TOP 10 Stellenplanerweiterung 2024 Vorlage: 217/2024

Herr Wolfers teilt mit, dass der Fachkräftemangel nicht immer mit Stellenerweiterung gelöst werde, sondern man die Umstände verbessern müsse, z. B. durch technische Möglichkeiten.

Herr Beigeordneter Thies erwidert, dass die Erweiterung aufgrund steigender Fallzahlen im SGB II erfolgen soll und der Personalschlüssel auf Absprachen mit dem Kreis beruhe. Es sei ein deutlicher Anstieg der Fälle zu verzeichnen, der auch nicht durch technische Mittel bearbeitet werden könne. Die Erweiterung sei notwendig, um die Qualität erhalten zu können.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, drei Stellen mit der Entgeltgruppe 9c TVöD einzurichten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	2

Herr Fabry befindet sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 11	Unterbringung Geflüchtete - weitere Anmietung von Wohncontainern Vorlage: 179/2024
--------	---

Herr Beigeordneter Thies berichtet anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, über die Möglichkeiten weiterer Containerstandorte.

Er teilt mit, dass die Containeranlage an der Mühle Krampe durch einen Vorbau um 32 Plätze erweitert werden könnte, auch, wenn der Freiraum für die untergebrachten Personen dann kleiner würde.

Die Raiffeisenstraße werde aktuell auch schon für Flüchtlinge und als Lagerhalle genutzt. Die Frage sei nicht, ob, sondern wann zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten gebraucht werden.

Die Ausschussmitglieder sind einig darüber, dass der Wohnmobilstellplatz an der Osterwicker Straße nicht in Frage kommt.

Herr Tranel spricht sich für die Festlegung zweier Standorte aus, wobei die Raiffeisenstraße 11 der Mühle Krampe vorzuziehen sei, da dies eine wichtige Gewerbefläche sei. Gleichzeitig fragt er, ob auch eine Unterbringung hinter den Blockhäusern in Lette möglich sei.

Herr Beigeordneter Thies sagt eine Antwort über das Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung: Die Fläche ist zur Zeit verpachtet und kann mit einer dreimonatigen Frist zum 31.12. eines jeden Jahres gekündigt werden.

Auf die Frage von Herrn Stratmann nach den Kosten, berichtet Herr Thies, dass man eine Ausschreibung durchführen werde und dann geschaut werde, ob eine Anmietung oder ein Kauf von Containern sinnvoller ist.

Herr Wolfers und Frau Albertz sprechen sich für eine Priorisierung des Grundstücks Mühle Krampe gegenüber der Raiffeisenstraße aus. Hier sei die bessere Infrastruktur und der Standort nicht so abgeschieden.

Herr Dr. Kleinschneider betont, dass die Nutzung der Fläche an der Mühle Krampe eine Notlösung sei und nur ein Grundstück genutzt werden solle. Wichtig sei es auch, mit der

Flüchtlingshilfe zu sprechen, um eine angemessene Unterbringung sicherstellen zu können. Dennoch solle auch die Möglichkeit der Unterbringung in den Blockhütten nochmal geprüft werden.

Herr Tranel fragt, was zudem mit dem Mietvertrag zur Containeranlage am Haugen Kamp passieren solle, der im November auslaufe.

Herr Beigeordneter Thies sagt eine Antwort über das Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung: *Es ist beabsichtigt, die Containeranlage bis mindestens 31.12.2025 weiter anzumieten.*

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass nur die beiden Standorte Raiffeisenstraße 11 und das Gewerbegebiet Mühle Krampe als Containerstandort in Frage kommen. Sodann wird über die Standorte sowie die Priorisierung abgestimmt.

Beschlussvorschlag A:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich zusätzlichen Wohnraum in Form von Containeranlagen zu schaffen.

Eine Aufstellung der der Container soll bei entsprechendem Bedarf an folgenden Standorten erfolgen:

1. Raiffeisenstraße 11
2. Gewerbegebiet Mühle Krampe

Soweit über die im Haushalt 2024 vorgesehenen Mittel hinaus weitere Finanzmittel notwendig sind, werden diese überplanmäßig bereitgestellt.

Beschlussvorschlag B:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich zusätzlichen Wohnraum in Form von Containeranlagen zu schaffen.

Eine Aufstellung der der Container soll bei entsprechendem Bedarf an folgenden Standorten erfolgen:

1. Gewerbegebiet Mühle Krampe
2. Raiffeisenstraße 11

Soweit über die im Haushalt 2024 vorgesehenen Mittel hinaus weitere Finanzmittel notwendig sind, werden diese überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag A	6	8	0
Beschlussvorschlag B	9	4	1

TOP 12 Anfragen

Herr Bücking fragt, ob auf der Radbahn Zusatzschilder „Landwirtschaftlicher Verkehr frei“ aufgestellt werden können, da es zu Konflikten zwischen Fahrradfahrern und Landwirten gekommen sei.

Frau Glaesmann, Fachbereichsleiterin Ordnung und Recht, antwortet, dass diesbezüglich Absprache mit der Polizei gehalten werde. Das Ergebnis stehe noch aus.

Des Weiteren fragt Herr Bücking, wie der Stand beim Thema Wirtschaftswege sei.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass das Thema in einer der nächsten Sitzungsfolgen wieder eingebracht werde. Es habe einen Antrag zur Radbahn und einen Antrag zum generellen Verzicht auf Beitragserhebung gegeben. Die Verwaltung habe den Auftrag, mit den Landwirten zu sprechen. Dies finde zuerst statt.

Herr Bouhari fragt bezüglich der Unterbringung Geflüchteter, wie lange die ehemalige Martin-Luther-Schule dafür umgewidmet werden könne und wann diese abgerissen werde.

Herr Beigeordneter Thies teilt mit, dass diese als Notunterkunft für maximal ein Jahr vorgesehen sei.

Außerdem fragt Herr Bouhari, wie realistisch es sei, dass die geplante Unterkunft an der Wiesenstraße 2026 fertiggestellt werde.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass die Planung für die Sanierung weiterbearbeitet werde und der Zeitplan durchaus realistisch sei.

Herr Fabry fragt, wie der Beschluss zustande kam, dass in der Marktgarage nicht mehr bargeldlos bezahlt werden könne.

Es wird eine Antwort über das Protokoll zugesagt.

Antwort der Verwaltung: Das Ticket-System in der Marktgarage liegt in der Hand der Bäder- und Parkhausgesellschaft der Stadt Coesfeld GmbH. Diese hat zu Beginn des Jahres die Marktgarage saniert und das Ticket-System auf Kfz-Nummernschild-Erkennung umgestellt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Parkscheinautomaten erneuert.

gez. Dennis Bachmann
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Katharina Woltering
Schriftführerin